

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

211 (12.9.1932)

Volkstfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE UND UMGEBUNG

Preis: monatlich 1,82 Mark, jährlich 20 Tlg. In der Woche 1,90 Mark + Druck der Post 2,30 Mark + Einschreibungsbeitrag 10 Pfennig + Gewerbesteuer 11 Pfennig + Postgebühren 2850 Karlsruhe + Geschäftsstelle
Verkaufsstellen: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. a. Jernstr. 70/7021. o. Volkstfreund-Büro
Durlach, Hauptstr. 9. B. Baden, Teichbühlstr. 12. Rastatt, Rastattstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 211 Karlsruhe, Montag, den 12. September 1932 52. Jahrgang

Der Unglücks-Reichstag

Heute Zusammentritt - Auflösung heute oder Mitte der Woche?
Ein tolles und blamables Durcheinander

Deutsches Fragespiel: Wer belügt wen? Wer betrügt wen?

Die Dispositionen des Reichstags, der am heutigen Freitag eine Erklärung der Papen-Regierung entgegennehmen soll und nach den bisherigen Vereinbarungen der schwarz-braunen Koalitionspartner mit der Debatte erst am Mittwoch beginnen sollte, werden wahrscheinlich wieder geändert. Mit der Debatte soll nicht erst am Mittwoch, sondern bereits am Dienstag begonnen werden. Ihr Abschluss ist dann für Mittwoch oder spätestens Donnerstag zu erwarten.

Die Gründe dieser Programm-Änderung sind politischer Natur. In der nationalsozialistischen Presse verlautete bereits am Montag, daß der Reichsminister die Absicht hat, die Vertreter der schwarz-braunen Front während des Empfangs bei Hindenburg die Frage zu stellen, ob sie sich dem am Montag bekanntgegebenen Regierungsprogramm anschließen wollen oder nicht. Eine positive Antwort sollte mit der sofortigen Auflösung des Reichstags beantwortet werden. Auf diese Weise würde die Regierung die Reichstagsdebatte herumkommen. Die Regierungserklärung würde ins Land gehen, ohne daß die Fraktionen die Möglichkeit hätten, dazu Stellung zu nehmen und zu sagen, was von dieser Erklärung und ihren Überbeeren zu halten ist.

Diesem Trick der Papenheimer, der auch nach der Erklärung in der Absicht der Regierung liegt, glauben Nationalsozialisten und Zentrum durch eine Verschiebung der für Dienstag im Reichstag genommenen Besprechung auf Montag begangen zu haben. Sie beauftragten den Reichstagspräsidenten, beim Reichspräsidenten um eine Verschiebung der Besprechung vorstellig zu werden und einen Termin vorzuschlagen, der vor der Abgabe der Regierungserklärung liegt. Aber Herr von Papen ist zu dieser Zeit unkooperativ. Die Besprechung ist deshalb auf 5 Uhr nachmittags, also nicht vor, sondern nach der Abgabe der Regierungserklärung angesetzt worden, so daß die schwarz-braunen Koalitionspartner auf diese Unterredung wahrscheinlich verzichten werden, um sich von Herrn von Papen nicht in eine Falle locken lassen.

Das Ziel der Papen-Regierung liegt klar zu Tage: Es läuft darauf hinaus, die Debatte im Reichstag so oder so illusorisch zu machen. Aber noch hat sie ihr Ziel nicht erreicht. ... Die Meldungen und Auffassungen gegenüber ließ die Überlegung der Barone durch WTB mitteilen: ... von verschiedener Seite wird die Möglichkeit unterstellt, daß die Reichsregierung in unaufrichtiger Weise die von Ziele einer Verständigung verabschiedet hat, die Herr Reichspräsident benutzen sollte, um den Reichstag nachher, d. h. nach der Regierungserklärung, sofort aufzulösen, ohne ihm die Gelegenheit einer Stellungnahme zu geben. Die den bisherigen Gesprochenen in jeder Weise widersprechende Verdächtigung der Reichsregierung muß auf das Schärfste zurückgewiesen werden. ... Die Annahme ist irrig, daß die Reichsregierung durch vorzeitige Reichstagsauflösung eine politische Ausdrucksweise im Reichstag zu verhindern wünscht. Die Reichsregierung sieht vielmehr einer solchen Debatte mit großem Interesse entgegen, weil sie letzten Endes sehr nützlichen Aufklärung des deutschen Volkes entspricht, weil sie keine Möglichkeit unausgenutzt lassen möchte, auch den Reichstag zu hören.

Das schließliche wurde dem Conti-Büro aufgetragen, der Öffentlichkeit folgendes zu unterbreiten: ... politischen Kreisen sieht man der neuen Woche mit gespanntem Interesse entgegen, weil man von ihr die Entscheidung über weitere innerpolitische Entwicklung erwartet. Wenn die Dinge Reichstag programmäßig verlaufen, schließt sich am Dienstag politische Ansprache an, die man auf zwei, vielleicht drei Tage verschieben kann. Ein etwas vermorrhener Vorprotest zur Parlamentsversammlung hat die Frage des Empfangs der drei Fraktionsführer dem Reichspräsidenten geliefert. Die verschiedenen Mitteilungen hierzu am Samstagabend erschienen, haben die Situation klarer gestaltet. Sicher ist nun, daß der Empfang am Montag nicht stattfindet. Am späten Abend des Samstag hat der Reichstagspräsident dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt, daß der Besuch am Montag nicht möglich sei, und daß er verschoben werden würde. ... von besonderer Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die Reichstags-Erklärung, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß der Reichspräsident sich mit einer Vorverlegung des Empfangs einen Termin einverstanden erklärt habe, der der Kaiserrede entsprechen könnte. Damit wird die Bereitwilligkeit des Reichspräsidenten unterstrichen, den Terminwünschen der Parteien Rechnung zu tragen. In gewissen politischen Kreisen sieht man den Grund für den Verzicht auf den Montagsempfang darin, daß die

Parteien jetzt befürchten, es könnte schon gleich nach dieser Ansprache ein vollständiger Bruch offenbar und damit die Auflösung des Reichstags beschleunigt werden.

Interessant ist, daß der Vorwärts in seiner Sonntagsausgabe bereits mit der Möglichkeit der Auflösung für Montag abend rechnet.

Schleicher mit dem Januskopf

Unklar wird mitgeteilt: Entgegen anders lautenden Gerüchten, die zurzeit umlaufen, teilt Reichswehrminister von Schleicher mit, daß er nicht bereit ist, zu einer Verfälschung des Gedankens einer unabhängigen Präsidialregierung durch ein tatächlich von den Parteien gebildetes Kabinett die Hand zu bieten. Er betont gleichzeitig, daß er es als eine Untreue gegenüber dem Herrn Reichspräsidenten ansehen würde, wenn er irgend etwas tun würde, was den Bestand des Kabinetts gefährden könnte.

Diese Erklärung ist auf Äußerungen zurückzuführen, nach

denen Schleicher mit den schwarz-braunen Koalitionspartnern im Bunde sei. Eine ähnliche Erklärung soll Schleicher dieser Tage bereits gegenüber Hitler abgegeben haben, als er von diesem gebeten wurde, der Papenregierung den Todesstoß zu versetzen. In Berliner politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß die Erklärung Schleichers keineswegs als eine Abgabe an eine schwarz-braune Koalition zu betrachten ist, sondern die Betonung auf die Worte der Erklärung „die Hand zu bieten“ und „irgend etwas tun würde“ gelegt werden muß. Man sagt, Herr von Schleicher tut nichts für die schwarz-braune Koalition, er tut aber auch nichts dagegen!

Ueberreichung der französl. Antwortnote

Berlin, 11. September. Reichsaußenminister Stresemann v. Neurath empfing heute mittags den französischen Botschafter Francois-Poncet, der ihm die französische Antwortnote auf das deutsche Resümee in der Abrüstungsfrage überreichte. Die Note wird am Dienstag vor-mittag veröffentlicht werden.

Frankreich will den Frieden

Reden Herriots und Edges

WTB. Paris, 11. Sept. Die Stadt Meaux war heute der Schauplatz einer großen französisch-amerikanischen Erinnerungsfestsetzung, in deren Mittelpunkt die Einweihung eines auf amerikanische Initiative zurückgehenden Denkmals zur Erinnerung an die Marne-Schlacht stand. Die bedeutendsten der dabei gehaltenen Reden waren die von Herriots und des amerikanischen Botschafters in Paris, Edges. Herriot führte u. a. aus, 14 Jahre nach Kriegsende würden sich die Schäden des Krieges immer noch bemerkbar machen. Frankreich habe den Vorstoß Hoover's an die Genfer Abrüstungskonferenz mit aufrichtiger Achtung aufgenommen und darüber nachgedacht. Es denke auch weiter darüber nach, um sich in wirksamer Weise an einer so beachtenswerten Initiative zu beteiligen. Frankreich habe sich stets bemüht, seine Freunde zu verstehen und habe deshalb auch das Recht, seinerseits Gerechtigkeit für ein Frankreich zu verlangen, dessen Prüfungen die Welt vergessen habe. Die Frankreich vorgeworfene kriegerische Gesinnung sei unrichtig. Der Friede sei im Herzen eines jeden Franzosen als tiefste Leidenschaft verankert und er habe Frankreich die Zugeständnisse und Vereinfachungen einzugestehen, zu denen es sich bereit fände. Frankreich werde sich hüten, durch unvorsichtige Kundgebungen, jene Wahrscheinlichkeiten zu wecken, die man nicht mehr wiederholen, wenn sie einmal entsetzt wären. Es wäre zu wünschen, daß die Zusatze der Moral die Wiederholung des Krieges unmöglich mache. Obwohl Frankreich überall Hilfe und Unterstützung gefun-

den habe, hätte die unglückliche französische Zivilbevölkerung vier Jahre lang das Martyrium der Verbannung oder der Inquisition kennen gelernt und verständlich denkende Leute müßten daher die Befreiung Frankreichs begrüßen, wenn es von gewissen gefährlichen Kundgebungen höre. Diese Befreiung stehe nicht im Widerspruch zu dem Absehen Frankreichs zu dem Rufe nach den Waffen, sondern bringe lediglich den bescheidenen Wunsch Frankreichs zum Ausdruck, in Frieden zu leben.

Der amerikanische Botschafter Edges bezeichnete in seinen Ausführungen das Denkmal als Symbol für die unzertrennliche Entente und bekräftigte Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich. Keine Tatsache umfasse die Sympathien des amerikanischen Volkes stärker als das Schauspiel einer Nation, die für die Befreiung ihres Gebietes vor ausländischer Invasion kämpfe. Der amerikanische Grundsat „Herr im eigenen Hause“ lasse sich dahin überlegen, daß es erstes Recht einer Nation sei, vor der Zwangsgefahr geschützt zu sein. Der Glaube an die Gerechtigkeit dieses Dogmas sei tief in die Herzen des amerikanischen Volkes verankert und wenn es sehe, daß Gebiete überfallen würden, würde es bereit sein, der überfallenen Nation moralische und wenn nötig materielle Unterstützung zu gewähren. Das Marne-Denkmal sei ein weithin strahlender Lichtstern der französisch-amerikanischen Entente.

Mussolini für Schleicher

Für die deutschen Wehrforderungen

Der Berliner Börsenkurier veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer unter der Überschrift „Deutschland ist im Recht“ einen Artikel Mussolinis, in dem der italienische Regierungschef zu der deutschen Gleichberechtigung u. a. ausführt: ... Das bedeutendste Ereignis in der internationalen Politik ist zur Zeit der offizielle Schritt der deutschen Regierung in England, Frankreich, Italien und bei den kleineren Staaten, die Anmeldung des deutschen Anspruchs auf gleiches Recht auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen. Diese Forderung ist bereits in Interviews und anderen Äußerungen des Generals von Schleicher erhoben worden, der immer mehr in den Vordergrund zu treten scheint und offensichtlich ein Mann von nennenswerter Entschlossenheit und überhaubt die stärkste Persönlichkeit im Kabinett Papen ist.

Mussolini stellt dann fest, daß mit dem Tage, da Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wurde und entsprechend seiner Bedeutung sofort einen dauernden Sitz im Völkerbundsrat erhielt, eine neue Ära entsand. In jelden Augenblick wurde für Deutschland die juristische Gleichheit anerkannt, nament-

lich die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den anderen Mächten. Dennoch ist Deutschland trotz seiner Aufnahme in den Völkerbund, trotz des Locarno-Vertrages und des Kellogg-Paktes noch immer in der Verfassung eines Staates zweiten Ranges. Es wurde durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages praktisch entmachtet, aber in demselben Versailler Vertrag war die Abrüstung Deutschlands nur als Einleitung zu einer allgemeinen Herabsetzung des Rüstungsstandes auf den Stand des deutschen Rüstungsstandes gedacht. Das war eine feierliche Verpflichtung, die bisher nicht eingehalten worden ist.

Man muß notwendigerweise zu der Erkenntnis gelangen, daß die Abrüstungskonferenz in ihrer ersten und wichtigsten Phase Schiffbruch erlitten hat. Die Enttäuschung ist allgemein, besonders in Deutschland. Deutschlands Ausscheiden würde den endgültigen Zerfall oder die unbefristete Vertagung der Abrüstungskonferenz zur Folge haben. Das würde auch dem Völkerbunde den Todesstoß versetzen, nachdem diese Organisation durch die Haltung Japans ernst kompromittiert worden ist.

Deutsche Sonderjustiz

Drei Urteile aus dem Gerechtigkeitsbetrieb

Wärfis. Das hiesige Sondergericht verurteilte nach dreitägiger Verhandlung 12 Angeklagte wegen einflussreichen Kundgebungsdrucks, Körperverletzung, Bedrohung und Verleumdung zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahre drei Monaten...

Waldenburg. Vor dem Waldenburger Sondergericht stand der nationalsozialistische Landwirt Kurt Kolke aus Wittmannsdorf. Er war angeklagt, in der Nacht zum 18. Juli den Reichsbannermann Geismüller in Reibendorf bei Waldenburg niederschossen zu haben...

In dem Breslauer Sondergerichtsprozess gegen den Parteiführer Kufielcanski und 22 Reichsbannerleute wurden weiter zahlreiche Zeugen vernommen. Die Befundungen dieser Zeugen, die nur zu geringem Teile über die Front angehört, fielen wesentlich einflussreicher und glaubwürdiger aus...

Großen Eindruck dürfte die Befundung des auf Wunsch der Verteidigung als Zeuge geladenen Breslauer Polizeipräsidenten Tschich bei Gericht hinterlassen haben. Der Polizeipräsident schilderte den Angeklagten Kufielcanski, mit dem ihn sein Dienst häufig zusammengeführt habe, als einen besonnenen Menschen...

Breslau, 8. Sept. In dem Breslauer Kundgebungsdruckprozess gegen 22 Reichsbannerleute und zwei SA-Leute wurde heute in vier langen Verhandlungstagen nach vierstündiger Beratung folgendes Urteil gefällt:

15 der angeklagten Reichsbannerleute wurden wegen gefährlicher Körperverletzung, begangen aus politischen Motiven, zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten, darunter auch der Parteiführer Kufielcanski und die zwei Nationalsozialisten, wurden freigesprochen...

Kommunistische Geheimdruckereien

Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: Eine Vernehmung bis zur Höhe von 500 RM. erhält derjenige, der über die Tätigkeit der Verleger und Verbreiter illegaler, innerhalb des Reichsgebietes Groß-Berlin erscheinender kommunistischer Schriften, Herstellungsstellen und Herstellungsstätten für solche Schriften nachweist, daß eine strafgerichtliche Verurteilung erfolgt.

Hilfsenburg, 10. Sept. Die Kriminalpolizei entdeckte in einer Arbeiterwohnung dicht vor der Stadgrenze eine kommunistische Geheimdruckerei. Bei einer Durchsuchung, die zusammen mit der Landjägerbrigade durchgeführt wurde, hat sie belastendes Material gefunden und beschlagnahmt...

Tragödie in einer Kommunistenfamilie

Söhne erschlagen den Vater

Brühl, bei Köln, 10. Sept. Der frühere kommunistische Stadtuersorger Junker, der jetzt der kommunistischen Opposition angehört, wurde am Freitag in einem Stall tot aufgefunden. Junker lebte mit seiner Familie seit längerer Zeit in Unfrieden...

„Sterilisierung“ in Graz

Eine anarchistische Entmannungs-Gesellschaft in Oesterreich

Aus Graz wird uns geschrieben:

Graz, die Hauptstadt des steirischen Bundeslandes, die ihrerseits besonders bekannt geworden ist durch den Mord, den der Heimwehrführer Pfeimer bei seinem Zutritt am 13. September 1931 dorthin anrichten wollte, ist in den letzten Tagen der Mittelpunkt eines ungeheuren Skandals geworden...

Die geheimnisvolle Operation

Die bulgarischen und rumänischen Studenten haben eine wahre „Entmannungs-Gesellschaft“ gegründet. In mehreren österreichischen Städten hatten sie Werbebüros und zahlreiche Agenten, die sich zur Werbung von Opfern sogar Flugblätter bedienten. Vor zwei Jahren hat in Graz der Universitätsprofessor Schmers Operationen vorgenommen, bei denen durch eine Entziehung des Samenstranges eine zeitweilige Zeugungsunfähigkeit herbeigeführt wurde...

Anarchistenpropaganda

Die meisten der Patienten entstammten anarchistischen Kreisen. Der Führer der österreichischen Anarcho-Syndikalisten Pierre Kanner, der im bürgerlichen Leben Rudolf Grohmann heißt und der Verfasser zahlreicher anarchistischer Schriften ist, war der eigentliche Urheber der Entmannungsoperationen...

der Sterilisierung propagandistisch eingetreten und hat sie aus sozialpolitischen Erwägungen vertreten. Aus der in seiner Villa bei Wien besitzenden Korrespondenz geht hervor, daß Pierre Kanner recht materiell an den fanatischen Kurpfuschern interessiert war, und daß er bis zur Hälfte der Einnahmen dieser Sterilisierungsgesellschaft als „Antikem“ bezogen hat...

Selbstmordversuch eines Operateurs

Die Polizei hat eine lange Reihe von Verhaftungen in Graz und in Wien vorgenommen. Ganz gefällig wurde der Tatbestand erst durch den Selbstmordversuch eines der Operateure. Der rumänische Student Barion hat in seiner Grazer Wohnung aus Furcht vor der unmittelbar bevorstehenden Verhaftung sich zwanzig Gramm Morphinum einspritzt...

Dauernde Zeugungsunfähigkeit

Nach dem Gutachten ärztlicher Fachleute sind die Operierten dauernd zeugungsunfähig. Auch durch eine Operation sind die Samenstränge nicht wieder zusammenzuführen. Der zahlreichen Opfer hat sich nun große Erregung bemächtigt, da man ihnen vorzulegte hat, ihre Zeugungsunfähigkeit könne auf Wunsch wieder hergestellt werden. Das fürchterliche Verbrechen, das aus Gewinnlust an so vielen Menschen begangen worden ist, findet seine Erklärung nur in dem Massenelend, das die kapitalistische Ordnung über die Menschen verhängt...

Josef Raut

einanderstellungen und Schlägereien. So auch am Freitag abend, wobei der Vater von seinen Söhnen durch Faustschläge niedergeschlagen wurde. Als er um Hilfe rief, riefte ihn einer der Söhne an der Kehle. Zunter wurde dann bewußlos in einen Stall geschleppt und eingeschlossen. Ein hinzukommender Samariter benutzte die Polizei, die den Vater im Stall tot vorfand. Die Söhne wurden verhaftet. Sie behaupten, in Notwehr gehandelt und keine Todesabsicht gehabt zu haben.

Bolivien und Paraguay

Weitere Kämpfe

Paris, 10. September. Wie Havas aus Buenos Aires meldet, haben nach Nachrichten von der Grenze paraguayische Truppen das Fort Samoclay (?) wieder erobert. Um das Fort Bouqueton tobe seit gestern früh ein erbitterter Kampf. Die paraguayischen Truppen erhielten Verpflegungsmittel.

Wie Havas aus Muncion berichtet, wird offiziell mitgeteilt, daß die paraguayische Armee in der Nacht geschlagen habe und die 4. bolivianische Armee in die Flucht gezwungen habe.

London, 10. September. Nach einem Telegramm des bolivianischen Hauptquartiers an die hiesige bolivianische Botschaft haben die bolivianischen Truppen, die das Fort Bouqueton verteidigen, nach einem vierzehntägigen Kampf die paraguayischen Truppen zurückgeschlagen.

Massendemonstrationen der Sozialdemokratie in der Schweiz

Bern, 11. September. Am Sonntag haben in sechsen größeren Städten der Schweiz Massendemonstrationen der Sozialdemokratischen Partei und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes stattgefunden, in denen gegen die beschlossenen Lohnsenkungen in öffentlichen und privaten Betrieben protestiert wurde. Die Versammlungen forderten die Durchführung höherer staatlicher Arbeiten, Erhöhung der Unterlöhnen an die Arbeitslosen sowie eine Wertschöpfungssteuer für die Arbeitslosen. Ferner wurde dem Reiseprogramm des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zugestimmt, das eine eidgenössische Krisensteuer aus größeren Vermögen und Einkommen zur Durchführung umfangreicher Reisetätigkeiten fordert. Die Demonstrationen verliefen überall ruhig.

Gewerkschaftliches

Reichsbahn und Eisenbahner

Die Eisenbahnerorganisationen hatten eine Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister über die Abwägung der Reichsbahn. Der Minister teilte mit, daß mit der Hauptverwaltung im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften zur Vermeidung der geplanten Entlassungen verhandelt worden sei. Der vorläufige Abschluß der Verhandlungen mit der Reichsbahnhauptverwaltung sehe im wesentlichen folgendermaßen aus:

Die Reichsbahnhauptverwaltung verfüge auf Grund der ihr im nächsten Jahr zufallenden Steuerantelleihe ab November über etwa 130 bis 140 Millionen Kapital. Das gebe ihr die Möglichkeit, Bahnunterhaltungsarbeiten, die zurückgestellt werden sollten, nun doch in Angriff zu nehmen. Die Reichsbahnhauptverwaltung habe sich bewegen lassen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Sie sei bereit, zunächst ab 1. Oktober mit Umbauten zu beginnen und zwar in einem Umfang, daß dadurch etwa 12 000 Arbeiter für die Zeit von zwei Monaten Beschäftigung erhalten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Reichsbahnhauptverwaltung werden, wie der Minister versicherte, weitergeführt, sobald der Generaldirektor Dr. Dormüller, nach Berlin zurückgekehrt sein wird. Die Vertreter der Organisationen machten im Verlaufe der Besprechung den Verkehrsminister nochmals darauf aufmerksam, daß auch auf dem Weg der Arbeitszeitverlängerung die Reichsbahn etwas zur Vermeidung der drohenden Entlassungen tun könne und müsse.

Unter den Tausenden von Eisenbahnarbeitern, auf denen die Furcht vor dem Arbeitsloswerden haftet, sind viele, die bis zu 35 Jahren bei der Reichsbahn beschäftigt waren. Diese Leute haben aus eigenen Mitteln unter schweren Opfern die bei der Reichsbahn vorhandenen sozialen Einrichtungen wie Betriebskrankenkasse und Arbeiter-Pensionskasse B mit aufgebaut. Sollen diese Arbeiter, die doch alle diese Opfer nur gebracht haben, weil sie glaubten, sie hätten bei der Reichsbahn in ihrem Leben ein gesichertes Brot, nun mit der Entlassung die Rechte an den sozialen Einrichtungen verlieren? Der soziale Gedanke, den der Reichspräsident bei den neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen gewahrt haben will, wird so nicht gewahrt.

Das ist die Salem Fabrik

Den Vorrang
 gewinnt man nicht durch Zufall, nur durch Verdienst. Salem hat den Vorrang aller deutschen Zigaretten. Die meistgerauchte Zigarette kann eben nur die mildeste sein. Das ist die milde SALEM 3 1/3 A

Jubiläumswettkämpfe im Colosseum

Anlässlich seines 10jährigen Bestehens veranstaltete am Samstag der 1. Karlsruher Boxsport-Klub...

Kleine bad. Chronik

Brand in Mörich — Der Besitzer des Hauses tot
Mörich, 12. September. (Eigenmeldung). Heute Nacht um 1.30 Uhr brach in dem Defonomieanwesen des Josef Gerstner...

Aus der Stadt Durlach

Eigenartiger „Kornblumentag“ in Grödingen. Man schreibt uns aus Durlach: Sonntag vormittag stand ich am Schlossplatz...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Heute Montag, 12. September, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung in der Geschäftsstelle...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schulo, Montag (12. 9.), 20 Uhr, Versammlung im „Volkshaus“...

Veranstaltungen

Wohlfahrt: Billy Weichert mit seiner Künstlerin...

Aushilfen der Redaktion

C. Bretten. Karte kam zu spät. Stempel: 10. 9. 32. 9—10.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Heiratennachrichten. 8. September: Hilfsarbeiter Wilhelm Geibert...

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Freie Turnerschaft. Heute abend 8 Uhr Turnfest...

Weinheim a. d. Bergstraße, 10. Sept. Schwere Einbrüche in die Büroräume des Obstgroßmarktes...

Seckach bei Adelsheim, 10. Sept. Eigenartiger Unfall. Der Landwirt Wilhelm Hornung wurde vom Schlagbaum...

Singen a. H., 11. Sept. Neues Kriegerdenkmal. Am Freitag wurde bei der Fortsetzung der Suche...

Offenburg, 10. Sept. Verurteilung im Steinbacher Prozeß. Gegen das Urteil im Steinbacher Landfriedensbruchprozeß...

Wittersdorf, 10. Sept. Der ertrunkene Schmuggler als Leiche gelandet. Wie mit bereits vor einigen Tagen gemeldet...

Marktberichte

Knielinger Schweinemarkt vom 7. September. Zufuhr: 85 Milchschweine...

Marktbericht über den Schweinemarkt in Durlach am 10. September. Befahren mit 149 Käufer Schweinen...

Parole: Billig und gut! Damenstrümpf, Kinderstrümpf, Kleidertragen, Damengürtel...

Naturheilpraktiker Viktor Haug verweist. Nächste Sprechstunde 4. Oktober...

Dr. C. Carnier Zahnarzt. Habe meine Praxis wieder aufgenommen...

Die Pflicht gebietet dem Parteigenossen nur in den Geschäften zu kaufen...

Glória-Palast. Ein ganz ausgezeichnetes Tonfilm Lustspiel mit den neuesten Kompositionen...

Ein schönes Buch. bleibt ein dauerndes Geschenk der Freude. Denn nicht nur einmal, sondern zu jeder Zeit...

In jede Familie den Volksfreund. Küchen, Tanzschiule Trautmann...

LINOLEUM STRAGULA. Stragula 200 cm breit, ausrang. Muster 1.50. Stragula 200 cm breit, fehlerfrei, neue Muster 1.70...